



Österreich



SLP unterstützen!

Die SLP braucht immer, aber besonders im Wahlkampf, Unterstützung. Wie Sie durch Spenden und/oder Mitarbeit zu einem erfolgreichen Wahlkampf beitragen können, erfahren Sie auf **SEITE 2**

Betrieb & Gewerkschaft



Arbeitslosigkeit: Kein Land in Sicht

Angesichts immer neuer Negativ-Rekorde in Sachen Arbeitslosigkeit steckt die Politik den Kopf in den Sand. Nur radikale Arbeitszeitverkürzung kann helfen. **SEITE 3**

Schwerpunkt



Wenn Wien anders wäre SLP-Programm auf **SEITE 2**

Internationales



Startet die Linkspartei in Deutschland durch?

Was bringt das Antreten der Linkspartei in Deutschland? Kann ein Erfolg die Linke in Österreich beflügeln? Antworten auf diese und weitere Fragen finden Sie auf **SEITE 3**

SLP: Unterstützen, wählen, mitmachen!



Nein zu Sozialabbau und Privatisierung!

von Sonja Grusch, SLP Wien

Bei den Wiener Bezirks- und Gemeinderatswahlen am 23. Oktober ist es wieder einmal so weit. Es stellt sich die Frage, welche Partei wählen? Vorausgesetzt natürlich, dass man/frau überhaupt wählen darf. Für rund ein Viertel der Wahlberechtigten gibt es diesmal eine echte Alternative: die SLP tritt in einigen Bezirken bzw. Wahlkreisen an!

Die SLP ist eine Alternative zur Privatisierungspolitik, die auch von der SPÖ vorangetrieben wird: oft getarnt als "Ausgliederung" wird u.a. im Sozial- und Gesundheitsbereich privatisiert. Die SLP ist eine Alternative zum Sozialabbau, vor dem auch die Gemeinde Wien nicht zurückschreckt: so wurde der Spitalskostenbeitrag in Wien auf 10.-/Tag erhöht. Die SLP ist auch eine Alternative zum Rassismus, der von Parteien, Regierung und Privatpersonen betrieben wird: ganz nach dem Motto "Strache macht die Hetze – Schüssel & SPÖ die Gesetze".

SLP: WIR SPIELEN
IHR SPIEL NICHT MIT

Natürlich gibt es Unterschiede

zwischen den Rathausparteien. Nur werden diese immer kleiner. Und sie alle haben eine Gemeinsamkeit: die Sachzwanglogik. Machbar sei nur, was "die Wirtschaft" für machbar hält. Dass dabei sozial Schwache und ArbeitnehmerInnen unter die Räder kommen, ist klar. Wir sind nicht bereit, diese "Logik" (oder besser: diesen Irrsinn) mitzumachen. Für uns stehen die Bedürfnisse der Menschen nach einem Job, nach Sicherheit, einer Wohnung etc. im Vordergrund. Daran hat sich "die Wirtschaft" zu orientieren, nicht umgekehrt.

GEMEINDE VERKAUFT
WOHNUNGEN

Auf der Homepage der Gemeinde Wien finden wir den Hinweis: "Seit 1.1.2000 ist WIENER WOHNEN keine Magistratsabteilung mehr, sondern eine 'Unternehmung der Stadt Wien'. Ein solches Unternehmen verwaltet sein Vermögen getrennt vom restlichen Vermögen der Stadt. Es kann daher keine Gelder aus Steuermitteln der Stadt beanspruchen, muss aber auch nichts in den allgemeinen Steuersäckel abliefern." Das

heißt, dass der ganze Bereich der Gemeindebauten von der Gemeinde ausgegliedert wurde – der erste Schritt zur Privatisierung. Die ersten Verkäufe gab es auch schon – betroffen waren bisher zwar nicht die klassischen Gemeindebauten, aber andere Wohnhäuser, die die Gemeinde ebenfalls besessen hat. Es gibt Gerüchte, dass bis zu 10.000e Wohnungen verkauft werden sollen!

WEG MIT DEN
HAUSBESORGERINNEN?!

Im Jahr 2000 hat die blaue-schwarze Regierung das HausbesorgerInnen-Gesetz abgeschafft. Die SPÖ hat protestiert – und setzt die Regelung nun um. So wird behauptet: "Durch die Abschaffung des Hausbesorgergesetzes im Juli 2000 stand Wiener Wohnen wie alle anderen Hausbetreuungen vor dem Problem, keine neuen Hausbesorger mehr aufnehmen zu dürfen." (Homepage der Gemeinde Wien) Richtig ist, dass eine Anstellung nach dem HausbesorgerInnen-Gesetz nicht möglich ist. Eine Anstellung als HausbetreuerIn, inkl. Dienstwohnung ist, falls gewünscht, aber kein Problem und wird, wenn

auch nicht von Wiener Wohnen, praktiziert. Wiener Wohnen hat stattdessen eine Hausbetreuungs GmbH gegründet, eine für das Unternehmen kostensparende Möglichkeit.

WAS IST LOS AM KÜHNPLATZ?

Am Kühnplatz 1–4, in Wien 4, gibt es ein Haus von Wiener Wohnen; kein klassischer Gemeindebau. In den letzten Monaten wurde hier viel modernisiert. Die renovierten Wohnungen wurden allerdings nicht neu vergeben. Und im Juli wurde in nur drei Wochen Herr Atighi, einer von zwei Hausmeistern, gekündigt. Er hat die Wohnung verloren und steht nun auf der Strasse. Die Stelle wurde nicht nachbesetzt. Alles deutet auf einen geplanten Verkauf hin, für den das Haus herausgeputzt und profitabel gemacht werden soll. Wiener Wohnen dementiert Verkaufspläne allerdings (wahlkampfbedingt?!).

Wir meinen, die HausbewohnerInnen haben das Recht, auf einer MieterInnen-Versammlung über die Zukunft des Hauses informiert zu werden. Ein Verkauf bringt für die MieterInnen nur Verschlechterungen. Irgendwo müssen die Ge-

winne ja her kommen. Ob sie eineN HausbesorgerIn wollen oder durch eine externe Firma betreut werden, und wer/die HausmeisterIn ist, darüber sollen die BewohnerInnen entscheiden. Die SLP wird die BewohnerInnen bei einer Kampagne gegen einen eventuellen Verkauf und gegen den Stellenabbau unterstützen.

WAS IST ANDERS IN WIEN?
DIE SLP!

Von uns bekommen Sie keine Kugelschreiber und wir verteilen keine Zuckerln. Was wir anbieten, ist, gemeinsam etwas gegen die vielen Sauerlein zu tun, über die wir uns alle täglich aufregen. Wir haben schon in der Vergangenheit gemeinsam mit MieterInnen erfolgreich gegen zu hohe Betriebskostenabrechnungen gekämpft. Wir haben eine Reihe von Arbeitskämpfen aktiv unterstützt. Wir haben über mehrere Jahre hinweg als einzige politische Kraft eine Kampagne gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen organisiert. Unser Motto ist "nicht anstatt, sondern mit Menschen kämpfen". Das ist unser Angebot und damit unterscheiden wir uns von allen anderen Parteien.

Der Standpunkt

Enteignet Herberstein

von Sonja Grusch



Können Sie sich an die "Sozialschmarotzer"-Debatte erinnern? Über Arbeitslose, die "eh nix hackeln wollen" und sich nur in der "sozialen Hängematte" ausruhen. Als Konsequenz wurden bei Arbeitslosen und sozial Schwachen die Daumenschraube angesetzt nach dem Motto "Rechte gibt's keine, um Almosen muss man betteln und kriegen tut sie nur, wer brav ist".

Das sind die Regeln - die aber nicht für alle gelten. Für die Reichen & Mächtigen sieht die Welt anders aus. Der Skandal Herberstein hat das wieder deutlich gezeigt. Es gibt den Vorwurf, dass Förderungen missbräuchlich verwendet wurden. Es gibt den Vorwurf, dass am Finanzamt vorbeigearbeitet wurde. Klar ist: die PolitikerInnen haben die von uns bezahlten Steuern (als ArbeitnehmerInnen haben wir gar keine Chance zur Steuerhinterziehung - im Gegensatz zu Unternehmen) ohne Kontrolle an ein Privatunternehmen gegeben. Großzügige Subventionen sind in Österreich üblich. Insbesondere an millionenschwere internationale Konzerne und offensichtlich der Politik nahestehende Unternehmen. Ganz nach dem Motto: Geld dorthin, wo es schon ist.

Das Argument dafür sind meist Arbeitsplätze, die damit geschaffen/gesichert würden. Tatsächlich wurde in Herberstein (trotz Subventionen seit 1983 von 6,9 Millionen Euro = knapp 100 Millionen Schilling) offensichtlich nicht gut gewirtschaftet. Im Frühjahr 2005 wurde mit Schließung gedroht. Schon 1997 hatte die Familie die von ihnen organisierten Klassikfestivals trotz safter Subventionen ins Defizit geritten. Das es der Familie Herberstein selbst an nichts mangelt, zeigen die Privatentnahmen (2001: 300.000 Euro) und die Berichte über Luxuswohnungen (und den Einbau von neuen Fenstern aus den Fördergeldern). Herberstein & Co leben in einer abgehobenen Realität. Entweder sie glauben tatsächlich, all das würde ihnen zustehen - wegen des "blauen Blutes" oder "weil Gott das so will". Oder es ist ihnen gar nicht mehr bewusst, wie anders ihre Welt ist. Dass normale Menschen gar nicht Steuern hinterziehen können, dass normale Menschen keine Subventionen kriegen, dass normale Menschen keine Luxuswohnungen besitzen. Faszinierend ist auch die Selbstverständlichkeit, mit der sie all das tun und offensichtlich auch noch damit durchkommen!

Herbestein & Co sind die wahren Schmarotzer. Darum: Kampf den Sozialschmarotzern - enteignet Herberstein!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Wie echte sozialistische Politik in Wien aussehen könnte

Wenn Wien wirklich anders wäre

von Michael Gehmacher, SLP Wien

Die SLP tritt bei den Wiener Wahlen an. Wir wollen eine sozialistische Alternative zu Rassismus und Sozialabbau anbieten und aufbauen. Mit "sozialistisch" meinen wir nicht die Politik der SPÖ (und auch nicht die der ehemals stalinistischen Staaten). Es geht darum, die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund zu stellen und sich nicht an der Profitlogik zu orientieren. Klar ist: ein solches Projekt muss sich in einem feindlichen kapitalistischen Umfeld behaupten. Viele der "Reformen", die wir erreichen wollen, können sich erst in einer echten sozialistischen Demokratie dauerhaft durchsetzen. Daher ist für uns im Wahlkampf eine Auseinandersetzung um politische Alternativen zur vorherrschenden neoliberalen Politik wichtig. Denn Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot etc. können im Rahmen des Kapitalismus immer weniger gelöst werden.

FÜR KOMMUNALBESITZ UND DEMOKRATISCHE VERWALTUNG

Zu den Ausgliederungen der letzten Jahre wurde die Gemeinde Wien/SPÖ nicht gezwungen. Sie waren eine bewusste politische Entscheidung, und sie können wieder rückgängig gemacht werden. Ein starker öffentlicher Sektor kann sich der "Logik" des Sozialabbaus widersetzen. Ein wichtiger Schritt gegen die Arbeitslosigkeit wäre z.B. die Umsetzung einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei den Gemeindebediensteten auf 30 Stunden bei vollem Lohn sowie ein Mindestlohn von 1100,- Euro netto.

Wien-Energie, Wiener Linien, der Krankenanstalten-Verband und der gesamte Sozialbereich müssen im öffentlichen Besitz bleiben bzw. wieder in öffentlichen Besitz überführt werden. Wir wollen

Das Wahlprogramm der SLP

auf www.slp.at oder unter Tel. 01/ 524 63 10 bestellen!

Argumente für eine sozialistische Alternative für nur 2,- EUR (inkl. Porto & Verpackung)



aber kein Zurück zu autoritären Strukturen mit Parteibuchwirtschaft und gegängelten Gewerkschaften. Ziel ist eine demokratische Verwaltung und Kontrolle durch die Belegschaft, die Gemeinde und die Betroffenen. Es geht nicht um Bürokratie von oben, sondern um Demokratie von unten: politische MandatarInnen müssen Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen und können jederzeit abgewählt werden. Das heißt auch, dass politische VertreterInnen auf betrieblicher, Bezirks- oder Gemeindeebene nicht mehr verdienen dürfen, als die Menschen, die sie vertreten: Durchschnittslohn statt PolitikerInnenprivilegien! Alle Sitzungen und Verhandlungen müssen öffentlich geführt werden, alle Beschlüsse und Verwaltungsakten im Internet und direkt auf den Ämtern einsehbar sein.

KEINE PROFITLOGIK BEIM WOHNEN

In Wien hat man die Wahl: Menschenwürdige Wohnungen sind meist teuer - günstige Wohnungen bieten oft schlechte Wohnqualität. Das muss aber nicht so sein! Wenn es im Gemeinderat eine echte

sozialistische Mehrheit (nicht die jetzigen SPÖ-Bonzen) gibt, die von einer Bewegung auf der Strasse unterstützt wird, dann kann sie ein Sofortprogramm zur Hebung der Wohnqualität und zum Wohnbau in Wien durchsetzen. Dazu gehören: Rücknahme der Ausgliederung des Wiener Wohnens (Hausbesitz der Gemeinde Wien). Mieten dürfen nicht mehr als 10 % des Einkommens ausmachen. Der Wohnbau soll durch Baufirmen der öffentlichen Hand betrieben werden, um Geschäftemacherei zu unterbinden. Öffnung der Gemeindebauten für alle in Wien lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität und der Form ihrer Lebensgemeinschaft. Mit einem Sanierungsprogramm kann die Wohnqualität verbessert werden (WC & Dusche für jede Wohnung, Lärmschutzfenster usw.) Ein großer Teil der Wohnhäuser in Wien gehört Banken und Versicherungen. Sie dienen meist zur Wertsicherung bzw. zur Verringerung des Steueraufkommens. Weigern sich HausbesitzerInnen, diese Sanierungen durchzuführen bzw. die neuen Mietzinsobergrenzen einzuhalten, werden die Häuser von der Gemeinde

übernommen. Demokratisch gewählte VertreterInnen der HausbewohnerInnen kontrollieren diese Auflagen und die Geschäftsbücher der Hausverwaltungen bzw. von Wiener Wohnen. Auch Wiener Wohnen muss demokratisch von der ArbeiterInnenbewegung verwaltet und kontrolliert werden.

NUR EINE SCHÖNE ILLUSION?

Wir haben noch viel mehr Forderungen (mehr in unserem Wahlprogramm) - aber Sie werden sich die Frage stellen: Wie soll das finanziert werden? Wie soll das durchgesetzt werden?

Es kann keine Verbesserung ohne Mobilisierung der Betroffenen geben. Im englischen Liverpool konnte sich in den 80ern eine wirklich sozialistische Stadtregierung gegen eine konservative Regierung behaupten und wichtige Verbesserungen durchführen (öffentlicher Wohnbau, Arbeitszeitverkürzung ...). Das war möglich, weil sie von einer starken Bewegung aus ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen unterstützt wurde.

Zur Frage der Finanzierung: eine echte sozialistische Stadt-

regierung beugt sich keinen neoliberalen "Sachzwängen". Sie bricht mit sämtlichen neoliberalen, kapitalistischen Vorgaben wie dem Bundesvergabe-gesetz, den EU-Vergaberichtlinien, dem Stabilitäts-pakt und den Maastricht-Kriterien. Rund um die Frage des Finanzausgleichs (Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern) wird es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung kommen. Dabei darf nicht vergessen werden 1) gibt es insgesamt genug Geld und Vermögen, es ist eine politische Entscheidung, wofür dieses ausgegeben wird. Ein wirklich sozialistisches Wien setzt auf Arbeitszeitverkürzung statt Abfangjäger, auf Ausbau der sozialen Dienste statt Steuer-geschenke für die Reichen. 2) auch in anderen Bundesländern leiden die Menschen unter dem Sparwahnsinn. Sie sind die BündnispartnerInnen dafür, ein sozialistisches Programm nicht nur in Wien, sondern bundesweit umzusetzen. Auch für die Entwicklung einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei wird es entscheidend sein, wie sich ein echtes sozialistisches Programm und seine Umsetzung präsentiert.

Unser Slogan "Soziale Dienste statt private Profite" greift auch Themen auf, die bundesweit umgesetzt werden müssen (z.B. Mindestlohn 1.100,- Euro netto). Viele Veränderungen können sogar letztlich nur international verwirklicht werden. Wie viel umgesetzt werden kann, ist eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses zwischen ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen einerseits und den Unternehmen und Reichen andererseits. Eine solche Politik wird auch sehr schnell an die Grenzen des kapitalistischen Systems stoßen. Es macht daher eine sozialistische Perspektive notwendig, die den Rahmen des Kapitalismus sprengt.

SLP: Wählen, unterstützen, mitmachen, beitreten!

Wir wollen nicht nur Ihre Stimme - wir wollen mehr!

Die 100 reichsten ÖsterreicherInnen besitzen zusammen ein Vermögen von 54,7 Milliarden EUR. Demgegenüber sind 876.000 Menschen armutsgefährdet oder von Armut betroffen. Das ist die Bilanz des Kapitalismus in einem der zehn reichsten Länder der Erde. Die etablierten Parteien haben trotz diverser Unterschiede im Detail alle einen neoliberalen Konsens. Gleichzeitig gibt es keine Massenpartei, die diesen neoliberalen Angriffen etwas entgegenzusetzen und über den Tellerrand des Kapitalismus hinausschaut. Wir meinen, dass eine solche neue breite ArbeiterInnen-Partei viele ArbeiterInnen, Arbeitslose

und Jugendliche umfassen muss und wird.

Die Entstehung wird durch große soziale, betriebliche und politische Auseinandersetzungen (z.B. Streikbewegung) verbunden sein. Viele Ideen werden dann zusammenkommen und in der Praxis ausgetestet werden. Es ist schon heute nötig, politische Ideen und Methoden in die vorhandenen Bewegungen einzubringen. Wir zeigen im Kleinen, was im Großen möglich ist. Je stärker die SLP, desto besser sind die Voraussetzungen, dass in den künftigen großen Bewegungen sozialistische Standpunkte eine gewichtige Rolle spielen gegenüber jenen Ideen, die hoffen,

der Kapitalismus könnte menschlich gestaltet werden. Wenn Sie darin mit uns im großen und ganzen übereinstimmen, dann sollten Sie uns nicht nur wählen, sondern mit und bei der SLP aktiv sein. Am Aufbau der sozialistischen Alternative mitzuwirken - dazu laden wir Sie/Dich ein!

SPENDEN

Auch wenn Sie (noch) nicht Mitglied werden möchten, aber unsere Arbeit wichtig finden, können Sie uns unterstützen. Nicht nur ein Wahlkampf, sondern politische Arbeit im Allgemeinen kostet Geld. Da wir uns nicht in Abhängigkeit von großen Geld-

gebern begeben wollen, brauchen wir Spenden. Jeder Betrag ist wichtig, ob klein oder größer, am wichtigsten sind aber die regelmäßigen Beiträge. Die beste Möglichkeit dazu ist ein All-Inclusive-Abo: Für eine regelmäßige Spende von min. EUR 7,- pro Monat (per Dauerauftrag) bekommen Sie jedes **VORWÄRTS** und alle neu-erscheinenden Broschüren per Post zugeschickt. Spendenkonto: PSK 8812.733

MITGLIED WERDEN!

Die Stärke der SLP sind ihre Mitglieder. SLP-Mitglied kann werden, wer:

► mit unseren Ideen grundsätzlich übereinstimmt,

- unsere Zeitung liest und verkauft,
- sich an unseren Aktivitäten beteiligt (wo vorhanden, im Rahmen einer Ortsgruppe)
- einen regelmäßigen Mitgliedsbeitrag zahlt.

TERMINE

Wiener Ortsgruppen im Wahlkampf:

jeden Mittwoch um 19 Uhr Ortsgruppe Nord, Peer Gynt, 1200 Wien, Jägerstraße 38

jeden Freitag um 19 Uhr Ortsgruppe Süd, Bunte Kuh, 1050 Wien, Siebenbrunneng./ Ecke Zentag.

Arbeitslosigkeit: Kein Land in Sicht!

Im Jahr der Negativ-Rekorde bei den Arbeitslosenzahlen stecken Parteien und Gewerkschaften den Kopf in den Sand. Nur radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust kann Abhilfe schaffen.

von Albert Kropf,
SLP Wien

Die Arbeitslosigkeit steigt permanent. Das neue Zauberwort von Minister Bartenstein dagegen lautet „Kombilohn“. Damit ist gemeint, dass die Löhne von Billigjobs mit Steuergeldern gestützt werden sollen. Das Ganze fußt auf der Lüge, dass Unternehmer da sind, um Arbeitsplätze zu schaffen. In Realität ist aber genau das Gegenteil der Fall – Unternehmer vernichten Arbeitsplätze!

Warum gibt es bei fast gleichbleibender Bevölkerung immer mehr Arbeitslose? Die richtige Antwort ist geradezu einfach. Weil die Arbeitsplätze von den Unternehmern, um ihre Profite abzusichern, weg-rationalisiert werden. Tun sie das nicht, können sie am Markt nicht bestehen und gehen Pleite. Das ist der Teufelskreis der Marktwirtschaft und damit des Kapitalismus.

Mit einem Kombilohn werden die Profite von den Unternehmern in die eigene Tasche gesteckt. Die Löhne werden „vergesellschaftet“, die Profite privatisiert!

DRUCK AUF ARBEITSLOSE STEIGT

Zur Zeit wird nicht Arbeitslosigkeit, sondern es werden die Arbeitslosen bekämpft. Durch mehr Schikanen und Druck sollen Menschen aus der Statistik gedrängt werden. Einen Job und Geld zum Leben haben sie aber deswegen nicht! Diese Politik wird auch vom

AMS gefahren. In einem Interview mit AMS Vorstand Herbert Buchinger (SPÖ) heißt es: „Jeder Arbeitslose hat gegenüber der Versicherungsgemeinschaft die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, alles ihm Zumutbare zu unternehmen, damit die Arbeitslosigkeit so kurz wie möglich anhält“ oder „Was wir aber nicht mehr im Angebot haben (...) ist, in Ruhe beziehen und nichts tun“ (Kurier, 24.8.05). Damit wird allen unterstellt es sich in der Arbeitslosen „bequem“ zu machen. Dabei heißt Arbeitslosigkeit für viele Menschen auch Verarmung! Nicht erwähnt wird dagegen, dass das AMS mit den von uns eingezahlten Versicherungsgeldern regelmäßig fürs Budget geplündert wird. Das Rezept gegen Arbeitslosigkeit soll sein, den Druck auf die Betroffenen weiter zu verstärken? Laut offizieller AMS Statistik waren im Juli 75.663 Menschen in Wien arbeitslos. Demgegenüber standen gerade einmal 5.459 offene Stellen! Wie sich das ausgeben soll, bleiben die Herren Buchinger, Bartenstein etc. aber schuldig.

Auch die SPÖ hat nicht mehr zu bieten. So forderte SP Chef Gusenbauer, doch endlich die Lohnnebenkosten zu senken. Eine langjährige Forderung von Wirtschaftskammer, ÖVP und FPÖ.

ÖGB PRÄSENTIERT PROGRAMM!

Der ÖGB hat kürzlich ein 4-Punkteprogramm gegen Ar-

beitslosigkeit präsentiert: Kaufkraft und Infrastruktur verbessern, Menschen qualifizieren und Fähigkeiten von Arbeitslosen erhöhen. Diese Forderungen wird selbst die Wirtschaftskammer unterschreiben. Aber bei noch so guter Qualifikation liegt das Problem z.B. in Wien darin, dass auf eine offene Stelle 14 Arbeitslose kommen – Fähigkeiten hin oder her!

Die Gewerkschaftsspitze ver-

lässt sich lieber auf das Ausverhandeln fauler Kompromisse, anstatt die Betroffenen zu mobilisieren. Bei Telering wollten die Mitarbeiter gegen die Übernahme streiken. Nach der Intervention der GPA-Führung kam es zu keiner einzigen Protestaktion. Trotzdem wird fusioniert, und wahrscheinlich werden 100e MitarbeiterInnen ihren Job verlieren.

Der ÖGB hält seine Mitglieder ruhig und vertröstet sie auf

die nächsten Wahlen. Da wird dann für die SPÖ aufgerufen und danach geht die gleiche Politik wie bisher mit einem rosa Mascherl weiter.

ÖGB: HOCHWASSERHILFE FÜR UNTERNEHMER!

Seinen Offenbarungseid leistet die ÖGB-Führung angesichts der neuerlichen Hochwasserkatastrophe. Hier gibt es schon einen Sonderkollektiv-

vertrag. Der liest sich wie ein Wunschzettel der Wirtschaft: Möglichkeit zur Einführung von Wochenendarbeit, ausgefallene Arbeitszeit kann später nachgeholt werden, innerbetriebliche Regelung von Aufwandsentschädigungen (z.B. für andere Dienstorte) etc. Die Hochwasserschäden werden damit zu einem Gutteil auf den Rücken der Beschäftigten abgeschoben! Aber wahrscheinlich glaubt die ÖGB Führung, dass die Unternehmer später statt Dividenden an ihre Aktionäre Prämien an die Mitarbeiter ausschütten. Natürlich, und die Welt ist eine Scheibe...

ARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN, ABER RICHTIG!

Die Diskussion dreht sich meistens nur um die Schaffung neuer Arbeitsplätze – ganz egal welche „Qualität“ die auch haben. Wir brauchen keine zusätzlichen Billigjobs, von denen man/frau nicht leben kann, sondern die vorhandene Arbeit „gerechter“ aufgeteilt. Das geht am besten mit Arbeitszeitverkürzung. Durch die Einführung einer 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich würde der Arbeitsmarkt zig Mal mehr entlastet, als durch alle Jobgipfel, Kombilöhne und ÖGB-Programme zusammen. Nur 10% der Bevölkerung in Österreich besitzen 69% des gesamten Vermögens. Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen! Die Politik kann Arbeitsplätze schaffen, nicht die Wirtschaft!

Hoffnungen in Deutschland – Potential in Österreich

Startet neue Linkspartei durch?

von Franz Breier jun.
und John Evers, SLP Wien

Der Bann neoliberaler „Sachzwänge“ scheint gebrochen – in den deutschen Bundestag wird mit der Bündniskandidatur Linkspartei (PDS und Mitglieder der WASG-Wahlalternative „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“) eine Kraft einziehen, die ohne den Aufstand gegen die Kürzungs- und Sparpolitik im Jahr 2004 nicht denkbar gewesen wäre. Die SLP ist zwar derzeit noch die einzige Organisation, die sich für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnen-Partei in Österreich einsetzt. Die Entstehung und Entwicklung einer „Linkspartei“ in Deutschland bedeuten allerdings auch für die hiesige politische Landschaft neue Impulse. Eine solche neue Partei oder Plattform wird viele verschiedene AktivistInnen und unterschiedliche kapitalismuskritische, antikapitalistische und sozialistische Zugänge umfassen. Damit eine neue Linkspartei allerdings den etablierten Kräften tatsächlich

etwas entgegensetzen kann, halten wir ein sozialistisches Programm für notwendig. Was bedeutet das konkret?

NATIONALER ALLEINGANG ODER INTERNATIONALE GEGENWEHR?

Der ehemalige SPD-Chef Lafontaine (heute WASG-Spitzenkandidat) hat mit seiner „Fremdarbeiter“-Rede Diskussionen ausgelöst. Lafontaine sagte am 14. Juni: „Der Staat ist verpflichtet zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen.“ Etablierte Parteien und Medien (die selbst täglich Politik bzw. Hetze gegen ausländische KollegInnen betreiben) haben unsinnigerweise versucht, daraus eine Nähe der neuen Partei zum Nationalsozialismus zu konstruieren. Tatsächlich weisen Lafontaines Positionen vielmehr auf grundlegende Probleme einer nur halbherzigen Kapitalismuskritik hin. Die Sozialistische Alternative

(deutsche Schwesterorganisation der SLP und stärkste sozialistische Kraft innerhalb der WASG) schrieb dazu: „Lafontaines Aussage ... lenkt ab von den wahren Verantwortlichen für Massenarbeitslosigkeit und Niedriglöhne.“ Die Verantwortung liegt „einerseits bei einer Europäischen Union, deren Ziel es ist, mittels Deregulierung, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Durchsetzung von Freihandel den kapitalistischen Unternehmen bestmögliche Bedingungen zur Profitmaximierung zu ermöglichen. Durch die Schaffung eines deregulierten Arbeitsmarktes wird die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten angeheizt. ... Andererseits sind die Unternehmen verantwortlich, die unterscheiden, deutsche, türkische, italienische, serbische ArbeiterInnen zu entlassen und polnische oder tschechische Lohnarbeiter zu Niedrigstlöhnen einzustellen oder Scheinselbständige als Subunternehmer zu engagieren und auszubeuten. ... Lafontaines Position zur Flücht-

lings- und Migrationspolitik steht in einem direkten Zusammenhang zu seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Seine anti-neoliberalen Positionen setzen der kapitalistischen Globalisierung weniger einen „Internationalismus von unten“ entgegen als nationalstaatliche bzw. regionalistische Positionen.“

STELLVERTRETERPOLITIK ODER MOBILISIERUNG DER BETROFFENEN?

In Österreich gibt es mit der KPÖ in der Steiermark eine linke Kraft, die im Oktober den Einzug in den Landtag schaffen könnte. Ihr Spitzenkandidat, der Grazer Stadtrat Ernest Kaltenegger ist bereits jetzt eine bundesweit bekannte Persönlichkeit. Doch leider werden die positiven Impulse eines KP-Durchbruchs bei den Landtagswahlen für die österreichische ArbeiterInnenbewegung und Linke durch zwei wesentliche Faktoren reduziert. Sozialismus ist für die KPÖ Steiermark lediglich ein Fernziel. Auf die Fra-

ge, was jetzt gegen den Kapitalismus zu tun ist, gibt ein Aktionsprogramm nur bedingt Auskunft: Dort werden eine Reihe wichtiger Reformen (Arbeitszeitverkürzung, Rücknahme von Privatisierungen ...) gefordert - ohne allerdings zu sagen, wie diese finanziert bzw. durchgesetzt werden können. Ebenso versucht die KPÖ-Steiermark in ihrer Tagespolitik in erster Linie nicht selbst Betroffene zum Widerstand gegen Sozialabbau zu mobilisieren und tritt zudem in extremer Weise als spezifisch „steirische“ Partei auf. Bereits die Überschriften der aktuellen Plakate und Publikationen – „Helfen statt reden“ / „Die EU kommt uns zu teuer“ / „Die Steiermark wird frei“ – drücken ein Selbstverständnis aus, das nicht unbedingt für Widerstand, internationale Solidarität und Sozialismus steht.

DIE VORHANDENEN CHANCEN NUTZEN!

Bereits jetzt lässt sich aus den Erfahrungen in Deutschland

ableiten, dass die Frage einer neuen ArbeiterInnenpartei mit dem Anwachsen des Widerstands gegenüber neoliberaler Politik zusammenhängt. Zudem stehen die Ansätze zu einer solchen Partei aber auch auf einer sehr instabilen politischen und organisatorischen Grundlage. Als SozialistInnen glauben wir, dass es in jedem Fall notwendig ist, jeden Schritt in Richtung einer neuen Kraft für ArbeiterInnen und Jugendliche aktiv zu forcieren. Die SLP jetzt zu stärken bedeutet nicht nur, uns im Kampf für eine neue ArbeiterInnenpartei zu unterstützen – sondern auch unsere sozialistischen Positionen in der Gegenwart und vor allem in der Zukunft.

Als SozialistInnen stehen wir schon heute für eine Politik, die an den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen ausgerichtet ist. Unsere Politik ist dezidiert internationalistisch und zielt darauf ab, das kapitalistische System zu überwinden.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 1,00

Preis: EUR 0,50

Nummer 149

September 2005



Haider-BZÖ & Strache-FPÖ stoppen!

Demonstration gegen FPÖ-Rassismus: Mach mit!

von Max Strohmeier, SLP Wien

„HC Strache“: Man kannte ihn zwar schon vor der Spaltung der FPÖ, sein richtiger „Karrierestart“ begann aber erst nach dem FPÖ-Parteitag im Mai. Berüchtigt war er schon vorher. Er hielt nämlich am 8. Mai 2004, dem sogenannten „Heldengedenktag“, einem rechtsextremen Treffen, eine Rede, in welcher er AntifaschistInnen „faschistischen Ungeist“ unterstellte, während er sich selbst und rund 100 rechtsextreme KundgebungsteilnehmerInnen als „Demokratiebewahrer“ bezeichnete.

Einige Monate später machte er mit der geistreichen Parole „Wien darf nicht Istanbul werden“ auf sich aufmerksam, wo er – nicht zum ersten Mal – gegen TürkInnen hetzte. Er macht auch nicht vor Kindern halt: Seiner Meinung nach wäre die PISA-Studie auch besser ausgefallen, wenn man sie in türkisch durchgeführt hätte (im Klartext heißt das „ImmigrantInnenkinder raus aus den Schulen“).

DUELL UM WIEN

Auf dem Plakat „Duell um Wien“, greift Strache die Themen auf, die die Kronen-Zeitung schon monatelang ausschaltet hatte. Die SPÖ steht laut seinem Plakat für

„mehr Geld für Asylanten“. Tatsächlich stehen Häupl und die SPÖ keinesfalls für „Mehr Geld für AsylantInnen“, sondern kürzen Gelder, wo es nur geht – und die SPÖ hat dem neuen Asylgesetz zugestimmt.

Schon vor diesem Wahlkampf führte die Wiener FPÖ unter ihrem Anführer Strache eine migrantInnen-feindliche Kampagne. „Dabei geht es der FPÖ nicht um Menschenrechtsverletzungen, die in der Türkei gegen fortschrittliche Bewegungen und die kurdische Bevölkerung stattfinden. Die Angriffe der FPÖ umfassen auch jene Menschen, die aus anderen Ländern gekommen sind und auch solche, die mitunter schon in zweiter oder dritter Generation in Österreich leben.“ (Auszug aus unserem Wahlkampfmanifest)

HETZE GEGEN LINKE

Bei Straches Hetze kommen aber auch Linke nicht zu kurz. Als Mitte Dezember die EKH-Demo war, gehe es laut Strache nicht, „dass am letzten Einkaufssamstag in Österreichs größter Einkaufsstraße den Menschen ihre Weihnachtseinkäufe durch linke Krawallhorden vermiest werden. Dadurch wird es auch zu eklatanten Umsatzeinbrüchen kommen“. Es ist wohl eher die neoliberale Politik verantwort-

lich – die insbesondere die FPÖ betreibt – wenn Menschen zu wenig Geld für Weihnachtsgeschenke haben. Weiters forderte er „im Interesse des Rechtsstaates, der Anrainer, der Geschäftsleute sowie zehntausender Weihnachtseinkäufer dies [die Demo, Anm.] mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, notfalls auch durch den Einsatz von Wasserwerfern.“

UMGANG MIT RECHTSEXTREMEN

Dass er keine Berührungsängste mit Rechtsextremen hat, ist klar. Er ist Mitglied in der Burschenschaft Vandalia – genau dort fanden die „Olympen“ von der Burschenschaft Olympia Unterschlupf, als diese wegen Wiederbetätigung verboten war. Er ist Redner beim Heldengedenken und anderen rechtsextremen Events und pflegt den Umgang mit der rechtsextremen bulgarischen „Attak“-Gruppe.

Als Armin Wolf in den „Sommergesprächen“ fragte, ob er ein österreichischer Partiot sei, entgegnete er „ja“. Der Frage, warum er dann bei der „Vandalia“ sei, deren Leitspruch „Deutsch, einig, treu ohne Scheu...“ sei, wich er aus. Vielleicht ist er ja ein deutsch-national-österreichischer Multi-kulti-Patriot ...

DEMO GEGEN HETZE

Im September und Oktober plant Strache eine Tour durch Wien. Bei der Abschlusskundgebung dieser Tour, werden wir eine Gegendemonstration veranstalten, welche der vorläufige Höhepunkt unserer Kampagne gegen Strache und seine Hetze sein wird.

DEMO

Der exakte Termin wird rechtzeitig auf www.slp.at bekannt gegeben und kann telefonisch erfragt werden.

DIE SLP FORDERT:

In- & AusländerInnen gemeinsam für:

- ▶ **Arbeitszeitverkürzung** auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- ▶ **Mindestlohn** 1.100 Euro netto/Monat!
- ▶ **einen garantierten Ausbildungs- /Arbeitsplatz** für jeden Jugendlichen!
- ▶ **volle soziale und demokratische Rechte** für alle in Österreich lebende Menschen!

Wie Numerus Clausus stoppen?

„Die österreichische HochschülerInnenschaft lehnt sämtliche Numerus Clausus-Systeme ab“, schreibt die ÖH auf ihrer Homepage. Die ÖH hat allerdings bereits Studiengebühren und die Universitätsreform „abgelehnt“ – durchgesetzt wurden diese Maßnahmen trotzdem. Tatsächlich ist die Einführung des Numerus Clausus durch die Regierung der nächste schwere Anschlag auf SchulabgängerInnen und Studierende, bzw. deren Familien. Bei den ÖH-Wahlen im Frühjahr wurde der Regierung eine fulminante Abfuhr erteilt –

das Ergebnis böte eine wirklich gute Ausgangsbasis für die ÖH, eine breite Protestbewegung auf die Beine zu stellen. Von einer derartigen Initiative, die versuchen sollte, das Unipersonal miteinzubeziehen und auch Druck auf die ÖGB-Führung zu erzeugen, ist leider bis jetzt nicht viel zu bemerken. Ebenso ist es notwendig, ein europaweites Forderungsprogramm zu erarbeiten und durchzusetzen, welches beispielsweise ein generelles Verbot von Studiengebühren bzw. (anderen) Zugangsbeschränkungen beinhalten könnte.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher – der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten „Dritten Welt“, Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft – Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► **Mehr Programm!**

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at